

>ZUSAMMENFASSUNG

Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission und Strategische Agenda des Europäischen Rates

Berlin/Brüssel, 23. Juli 2014

I. Politische Leitlinien für die nächste EU-Kommission

Jean-Claude Juncker benennt zehn Politikbereiche, denen er sich im Rahmen seiner **„Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“** vornehmlich widmen möchte. Dabei spielen innenpolitisch für ihn die Elemente der sozialen Fairness und der demokratischen Legitimität eine entscheidende Rolle. Außenpolitisch setzt er, sowohl was die Energiepolitik als auch was die Außenpolitik im Allgemeinen betrifft, auf ein starkes und selbständiges Europa. Grundsätzlich sieht Juncker die EU unzureichend auf globale Herausforderungen vorbereitet, ob auf das digitale Zeitalter, den Wettlauf um Innovation und Know-how, den Mangel an natürlichen Ressourcen, die Sicherheit der Lebensmittel, die Auswirkungen des Klimawandels, die Alterung der Gesellschaft oder auch das Leiden und die Armut an den Außengrenzen der Europäischen Union. Zudem kann er sich in vielen Bereichen ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ vorstellen.

Bezüglich konkreter Maßnahme plant Juncker, innerhalb der ersten drei Monate seines Mandates ein Paket zur Förderung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Investitionen vorzulegen, welches in den nächsten drei Jahren 300 Milliarden Euro zusätzlicher öffentlicher und privater Investitionen mobilisieren soll. Dies vor allem in den Bereichen **Breitband- und Energienetze**, der Verkehrsinfrastruktur sowie bei der **Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz**.

Einen zweiten Schwerpunkt setzt Juncker im Bereich des **digitalen Binnenmarktes** und bei der Verwirklichung desselben. Er betrachtet die Inanspruchnahme digitaler Technologie als Querschnittsaufgabe, die sich auf alle Bereiche – auch des öffentlichen Sektors – erstrecken sollte. In diesem Zusammenhang kündigt Juncker insbesondere Vorschriften zum Datenschutz, zum Urheberrecht und zum Verbraucherschutz an.

Im Bereich der **Energiepolitik** nimmt Juncker den (u.a. von Polen kommenden und mittlerweile vom Europäischen Rat unterstützten) Impuls zur Schaffung einer **Energieunion** auf, um das Verhandlungsmandat der EU gegenüber Drittländern zu stärken. Er spricht sich in diesem Zusammenhang für eine größere Unabhängigkeit der EU von Drittstaaten und für eine stärkere **Diversifizierung** der Energiequellen aus. Dazu gehört für Juncker aber auch die **Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien** (Europa soll weltweit „Nummer Eins bei den Erneuerbaren“ werden) ebenso wie die Setzung eines zukünftigen **Energieeffizienzziels, das erheblich über dem Niveau von 2020** liegen sollte. Bei der Steigerung der Energieeffizienz hat er vor allem den Gebäudesektor im Fokus. Er spricht sich insgesamt für verbindliche Zielsetzungen für die Energieeffizienz auf EU-Ebene aus.

Juncker unterstützt das **Freihandelsabkommen**, verspricht diesbezüglich größere Transparenz gegenüber EU-Parlament und Bürgern und verwehrt sich gegen die Aufweichung von europäischen Standards im Bereich Sicherheit, Gesundheit, Soziales, Datenschutz oder Investorenschutz. Zur demokratischen Legitimation der Entscheidungen der EU gehört für Juncker die Einrichtung eines verpflichtenden **Lobbyregisters**, bei dem die EU-Kommission mit gutem Beispiel voran gehen werde. Außenpolitisch macht Juncker deutlich, dass es nach seinem Willen in den nächsten fünf Jahren **keinen Beitritt neuer Mitgliedstaaten** geben werde. Die Konsolidierung der angeschlagenen Staatsfinanzen einiger Mitgliedstaaten soll zwar weiter betrieben werden, doch möchte er der **Troika** eine neue Struktur geben, die stärker demokratisch legitimiert ist und neben den ökonomischen Empfehlungen außerdem jeweils eine soziale Folgenabschätzung durchführen muss.

II. Strategische Agenda des Europäischen Rates

Jean-Claude Juncker nimmt mit seinen politischen Leitlinien wesentliche Forderungen des Europäischen Rates auf, die dieser in seiner Sitzung am 26./27.06.2014 im Rahmen seiner „**Strategischen Agenda für die Union in Zeiten des Wandels**“ formuliert hatte. Dazu gehört aus kommunalwirtschaftlicher Sicht insbesondere die Bestrebung, die EU unabhängiger von Energieimporten zu machen. So unterstützt der Europäische Rat mittlerweile Forderungen nach der Schaffung einer **Energieunion**, mit dem Ziel, die Energieversorgung erschwinglicher, sicherer und nachhaltiger zu gestalten. In diesem Zusammenhang misst auch der Europäische Rat der **Energieeffizienz** eine wesentliche Rolle bei. An erster Stelle müsse die Mäßigung der Energienachfrage stehen, so der Rat. Ebenso wichtig sei die **Vollendung des EU-Energiebinnenmarktes**. Ähnlich wie Juncker spricht sich der Europäische Rat außerdem für eine **Diversifizierung** heimischer Energiequellen aus. Bei den **Energie- und Klimazielen bis 2030** bleibt der Rat vage. So fordert er abstrakt eine Führungsrolle Europas bei den internationalen Klimaverhandlungen und ehrgeizige Ziele bis 2030. Zu letztem Thema ist der Europäische Rat bestrebt, im Oktober konkrete Ziele zu formulieren.

Für die Kommunalwirtschaft relevant ist ebenso die Forderung nach einer vollständigen **Ausschöpfung des Potenzials des Binnenmarktes für Produkte und Dienstleistungen** in all seinen Dimensionen bis zum Jahr 2015. Der digitale Binnenmarkt ist hier explizit eingeschlossen. Bezug nehmend auf die o.g. Themen fordert der Europäische Rat – so wie auch von Juncker in seinen Leitlinien aufgenommen –, **Investitionen** vor allem für die Bereiche **Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur** sowie **Energieeffizienz** zur Verfügung zu stellen.

Zudem spricht sich der Europäische Rat für einen Abschluss der Verhandlungen über das **Freihandelsabkommen** mit den USA (TTIP) im Geiste des gegenseitigen Nutzens und der Transparenz bis Ende 2015 aus. Andere kommunalwirtschaftlich relevante Themen beispielsweise aus dem Umweltbereich werden nicht explizit genannt. In diesem Zusammenhang ist zu ergänzen, dass sowohl Juncker als auch der Europäische Rat im Sinne des **Subsidiaritätsprinzips** mehrfach darauf hinweisen, dass sich die EU in den kommenden Jahren prioritär Bereichen widmen sollte, in denen sie tatsächlich etwas bewirken kann und die übrigen Bereiche den Mitgliedstaaten überlassen bleiben sollten.